

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckort: Nachrichten Dresden.  
Fernsprecher - Communiummer: 25 241.  
Für Nachgelieferter: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 25. Februar 1926 bei täglich zweimaliger Zustellung drei Haus 1,50 Mark.  
Postbezugspreis für Monat Februar 5 Mark ohne Postzustellungsgebühr.  
Stanznummer 10 Pienzig.  
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die empfangliche 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Restlamelle 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Überlange 10 Pfg. Honor. Austräger gegen Vorausbezahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstraße 38/42.  
Druck u. Verlag von Steffh & Reichardt in Dresden.  
Poltsch-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachr.“ zulässig. Unentgeltlich Schreiftische werden nicht aufbewahrt.

**August Förster** Stammhaus **Flügel und Pianos**  
Löbau i. Sa. **Ausgewähltes Material — Meisterarbeit — Beste akustische Anlage**  
Dresden-A., Waisenhausstraße 8 (Central-Theater-Passage) **Kunstspiel-Flügel und Pianos**

## Die Vorlage zur Aenderung des Wahlsystems

### Stimmkreis zu 250000 Seelen mit je einem Kandidaten von jeder Partei.

Handelsminister Schreiber vertheidigt Preußens Elektrizitätswirtschaft. — Chamberlains zweifelhafte Politik in der Ratsfrage.

#### Eine Statistik über die Wahlbeteiligung.

Berlin, 25. Februar. Die Vorlage zur Aenderung des Wahlsystems ist vom Reichsinnenministerium soweit fertiggestellt, daß nur noch verschiedene untergeordnete Arbeiten zu erledigen sind. Auch diese sollen so beschleunigt werden, daß die Vorlage noch vor den Ferien an das Kabinett gelangen kann. In den Grundzügen sind folgende Systemänderungen vorgeschlagen:

Es werden Wahlgebiete in der Größe der jetzigen Wahlkreise geschaffen. Diese Wahlgebiete zerfallen in Stimmkreise. Auf jeden Stimmkreis entfallen etwa 250 000 Seelen. In jedem der Stimmkreise wird nur ein Kandidat von jeder Partei aufgestellt. Im Wahlgebiet werden dann die Stimmen aller Kandidaten ein und derselben Partei des Gebietes zusammengezählt und etwa durch 60 000 oder durch eine höhere Zahl geteilt. Die Mandate fallen auf diejenigen Bewerber der Partei, die am besten abgeschnitten haben. Die Reststimmen des Wahlgebietes werden für das ganze Reich zusammengerechnet. Es wäre also nur mit einer kleinen Reichsliste für die Parteiführer zu rechnen. Ferner können Wahlgebiete mit hohen Reststimmen unter Umständen noch mit einem Mandat bedacht werden.

Um die Wahlbeteiligung in den verschiedenen Lebensaltern zu ermitteln, soll auf Veranlassung des Reichsinnenministeriums des Innern für die Reichstagswahl vom 4. Mai 1924 das Material von vier charakteristischen unteren Verwaltungsbezirken ausgewertet werden, und zwar aus der Stadt Nürnberg, der vorwiegend industriellen Amtshauptmannschaft Borna in Sachsen, dem Landkreise Danau mit seinen Teilen in der Industrie, teils in der Landwirtschaft tätigen Einwohnern und dem überwiegend ländlichen Kreis Lauenburg in Pommern.

Die Wahlbeteiligung ist bei den Frauen in allen Altersstufen, bis auf einen Fall, der zweiten Altersstufe (in Borna) in allen Altersstufen durchweg geringer, als bei den Männern. Sie liegt von 82,9 Prozent der Wahlberechtigten bei den Männern und 80,8 Prozent bei den Frauen in der Altersstufe von 20 bis 25 Jahren allmählich an und erreicht bei den Frauen mit 85,7 Prozent in der fünften Altersstufe (40 bis 45 Jahre), bei den Männern mit 91,4 Prozent in der siebenten Altersstufe (50 bis 55 Jahre) den Höhepunkt. Sie hält sich bei den Männern bis etwa zur zehnten Altersstufe (65 bis 70 Jahre) auf beträchtlicher Höhe. Sie ist in dieser Altersstufe noch höher als bei den 20- bis 35jährigen und fällt erst dann heim ab. Die Wahlbeteiligung der Frauen läßt nach dem 45. Lebensjahre bereits merklich nach und sinkt in der letzten Altersstufe auf 58,4 Prozent herab.

#### Die preußische Elektrizitätspolitik.

Berlin, 25. Februar. Im Zusammenhang mit den Angriffen, die gegen die preußische Regierung in letzter Zeit wegen der Elektrizitätspolitik geführt worden sind, gab der preußische Handelsminister Dr. Schreiber gestern abend vor Pressevertretern eine Darlegung der preußischen Elektrizitätswirtschaftspolitik. Er bekräftigt, daß der preußische Staat von vornherein Bestrebungen in der elektrischen Stromwirtschaft verfolge. Das Programm aber, dann

befiedelte und gewerblich noch nicht intensivierte Gebiete von Staats wegen mit Strom zu versorgen, werde weiterhin aufrechterhalten werden. Ferner sehe der Staat seine Aufgabe darin, private Monopolbestrebungen hintanzuhalten und die Zukunft der Stromwirtschaft so weit als möglich zu rationalisieren. Dies habe Preußen auch bewogen, 12 Millionen Aktien der R. W. G. anzukaufen.

#### Der neue preußische Staatsrat.

Nach den Neuwahlen der Preussischen Provinziallandtage zum Staatsrat — die Neuwahl der Provinz Schleswig-Holstein steht noch aus — hat der Staatsrat jetzt 81 (bisher 77) Mitglieder, und zwar die zur „Arbeitsgemeinschaft“ zusammengefaßte Rechte 32, die Sozialdemokraten 24, das Zentrum 17, die Kommunisten 5, die Demokraten 2, die Hannoveraner ein Mitglied. Nach der Neuwahl wird auch eine Neuwahl des Präsidiums notwendig werden. Als stärkste Partei wird die Rechte den Vorsitz beantragen, doch dürften Linke und Zentrum wieder Dr. Henauer in Vorschlag bringen. Da der bisherige Vorstand der Arbeitsgemeinschaft (Rechtsparteien) v. Nathahn-Panelow nicht wiedergewählt ist, wird die Arbeitsgemeinschaft auch einen neuen Vorsitzenden wählen müssen, in Frage kommen Herr v. Gahl, Dr. Jarres und Hallensleben.

#### Die Finanzminister-Konferenz.

##### Widerstände gegen Reichsholds Steuerabbauprogramm?

Berlin, 25. Febr. Die Angaben über die gestrige Konferenz der Finanzminister der Länder mit dem Reichsfinanzminister Dr. Reichhold über dessen Finanzprogramm lauten widersprechend. Von der einen Seite wird gesagt, sie seien harmonisch verlaufen, auf der anderen Seite wird behauptet, daß Uneinigkeit bestehe. Das Steuerabbauprogramm Reichsholds habe auf Widerspruch bei den Finanzministern der Länder. An der Aussprache beteiligten sich der preussische, sächsische und bayrische Finanzminister, die auf die Schwierigkeiten hinwiesen, in die die Länder durch die Verminderung der Reichseinnahmen, besonders im Jahre 1927, kommen würden. Für das Jahr 1926 bezieht eine Bürgerschaftspflicht des Reiches. Dazu kommen auf die Länder die Ausgaben für die erhöhte Erwerbslosenunterstützung und die neu eingeführte Kurzarbeiterunterstützung.

#### Das Urteil im Dolchstoß-Prozess unter Amnestie.

München, 24. Februar. In einer Entscheidung des Amtsgerichts München vom 23. Februar wird ausgesprochen, daß das Urteil im sogenannten Dolchstoßprozeß, dem Verleumdungsprozeß des Herausgebers der „Süddeutschen Monatshefte“ Professor Gohmann gegen den verantwortlichen Schriftleiter der „Münchener Post“ Martin Gruber, als unter die Amnestie fallend zu betrachten ist. Damit entfällt die leinzeitige ausgesprochene Strafe von 3000 Reichsmark. Hinsichtlich der Prozesskosten ist zwischen den Parteien vor einiger Zeit eine Vereinbarung getroffen worden, wonach der Kläger auf die Hälfte der vom Beklagten zu ersattenden Kosten verzichtet.

#### Vor Bauernrevollen auf dem Balkan.

Von unserem Wiener Mitarbeiter.

Belgrad, 20. Februar 1926.  
Allem Anscheine nach tritt der Balkan jezt aus seiner politischen und nationalen Kampfesepoche in einen Zustand sozialer Gärungen, wobei bei dem agrarischen Charakter der Balkanstaaten die weitgehende politische und soziale Emanzipation des Bauernstandes in den Vordergrund tritt. Lange bevor das Vürgerturn und die Intelligenzschicht auf dem Balkan diese Entwicklung erfassten, hat sie Moskau vorausgesehen und in Bulgarien durch das primitivere Mittel revolutionärer Spaltungen, in Jugoslawien durch die Gewinnung des kroatischen Bauernführers Raditsch für seine Zwecke sich einen Einfluß auf die Entwicklungen zu sichern erstrbt. Vorläufig nicht mit allzu viel Erfolg.

Die Bauernbewegung schreitet am erfolgreichsten in Jugoslawien vor, wo es der verlässliche Raditsch verstanden hat, durch Bildung der kroatisch-serbischen Koalition die Raditschen unter Pafitsch zum stimmen Zwickhaken zu verurteilen. Schon schien es, als würde der greise Ministerpräsident Pafitsch dem Drängen der serbisch-radikalen Abgeordneten nachgeben und Raditsch aus der Regierung entfernen, als sich auch hier von neuem die größere Macht des Kroaten zeigte. Weder der König noch sein Ministerpräsident mochten es, an der Koalition der Kroaten mit den Serben zu rütteln. Da nun Raditsch absoluter Herr der Kroaten ist, so mußte die serbische Palastrevolution in sich zusammenbrechen. Aber diesmal ging es ja gar nicht mehr um einen neuerlichen Ausbruch der alten nationalen Feindschaft. Diesmal war es ein verzweifelter Versuch der serbischen Radikalen, den Bauernführer noch rechtzeitig unschädlich zu machen, bevor er ihre Herrschaft vernichtet.

Jugoslawien steht vor einer ganz eigenartigen Revolution. Die Bauern, die durch Jahrhunderte gewohnt waren, sich vor der Obrigkeit in den Staub zu werfen, sind namentlich in den letzten Jahren noch die Tyrannen der serbischen Gendarmen und Offiziere still erduldeten, sind ganz anderen Geistes geworden. Zuerst lebte die Bewegung bei den Kroaten ein, jetzt ist sie bereits in die breiten Massen der Serben, die ja eigentlich hauptsächlich Bauern sind, eingedrungen, trotzdem der Kroatenführer hier als „der Feind“ verdröhen war. Diese Strömung greift nun auch auf die Slowenen über, so daß in nicht langer Zeit die Bauern des ganzen Königreiches eine geschlossene Front bilden werden. Das Verlangen der serbisch-radikalen Abgeordneten, Raditsch müsse aus der Regierung entfernt werden, ging aus der Furcht hervor, Raditsch könne von der Regierung Neuwahlen erzwingen, die für den größten Teil der bisherigen Politiker den sicheren Verlust ihrer Mandate bedeuten würden. Raditsch aber beharrt immer mehr den König in der Meinung, daß er auf die bisherigen Stützen seines Thrones verzichten könne und seine Zukunft als König eines Bauernreiches ausbauen müsse.

Auch in anderen Balkanstaaten macht sich eine revolutionäre Strömung in der Bauernschaft geltend. Die Umbildung der Regierung in Bulgarien ist neben der enghischen Einwirkung vor allem auch auf die Tatsache zurückzuführen, daß es unmöglich ist, die Bauernbewegung dauernd zu unterdrücken. Das neue System bemüht sich, den kommunistischen Einfluß in bäuerlichen Kreisen auszuweichen. Aber gerade deshalb wird es immer mehr dem agrar-demokratischen Charakter Rechnung tragen müssen.

Während sich in Jugoslawien die Erhebung der Bauern friedlich vollzieht und der gerissene Raditsch es nicht verläumt, am Schlusse seiner Reden immer auch eine Ovation für den König einzuflechten, droht die Bauernbewegung in Rumänien einen ausgesprochen revolutionären Zug zu bekommen. Die ganze Wirtschaft des Ministerpräsidenten Brătianu, die skandalöse Art, wie man den populären Kronprinzen zum Thronverzicht gezwungen hat, die himmelschreiende Korruption der herrschenden Clique, alles dies hat den Boden für eine Revolution vorbereitet.

Kenner des Balkans behaupten mit Nachdruck, daß diese Bewegung auch in Ungarn und der Tschecho-Slowakei Fortschritte finden könne. Wobin sich die Erhebung der Balkanbauern schließlich richten wird, ob sie zu einem großen Bauernreiche führt, das mehrere der gegenwärtigen Staaten umspannen würde, oder ob sie schließlich doch den Plänen Russlands dienlich wird, ist heute noch nicht vorauszulegen. Viel wird davon abhängen, wie lange sich der Einfluß Raditschs auf die wie eine Lawine sich entwickelnde Bewegung behaupten kann, oder ob er nicht vorzeitig vielleicht irgendeinem auf dem Balkan üblichen Attentat zum Opfer fällt.

## Die Frankenkrisis vor dem Senat.

#### Das finanzielle Initiativ-Recht der Senatoren

Paris, 25. Febr. Die Verhandlungen des Vorsitzenden des Finanzausschusses der Kammer, Malou, dem sich einige radikale Abgeordnete angeschlossen haben, mit Vertretern der radikalen Senatsfraktion haben zu einer Verständigung über die weitere Behandlung der Steuerfrage geführt. Senator Cazal wird bei der Beratung der Zahlungssteuer, die von der Kammer abgelehnt worden ist, deren Beseitigung und Erhebung durch eine in Goldfranken zu erhebende Exportsteuer verlangen.

Nachdem am Mittwoch die Generaldiskussion über die Finanzfrage im Senat geschlossen war, sagte der sozialistische Senator Reboul, der Senat habe nicht das Recht, von der Kammer abgelehnte Finanzvorschlüge aufs neue zu prüfen. Er beantragte, der Senat möge den Art. 1 und mit ihm den ganzen Entwurf an den Ausschuss zurückverweisen. Durch diesen Antrag wurde der Finanzminister Doumer veranlaßt, zur Frage Stellung zu nehmen, inwieweit der Senat in finanzieller Hinsicht das Initiativrecht besitze. Doumer, der während der Generaldebatte nicht das Wort ergriffen hatte, erklärte, der Senat habe die volle Freiheit, über finanzielle Vorschläge zu entscheiden, die von der Kammer abgelehnt, von der Regierung aber eingebracht seien. Sie können aber, meine Herren Senatoren, so rief Doumer aus, mit voller

Sicherheit die Vorschläge der Regierung und des Finanzausschusses des Senats annehmen. Ihnen liegt die Verantwortung ob, die Finanzlage zu bessern. Das Land verträgt keine Inflation mehr. Der Frankentum hat die Rückwirkungen gewisser Entscheidungen der Kammer tragen müssen. Eine Reaktion zeigte sich aber, als die Hoffnung wieder einkehrte, daß der Senat die Sache wieder in Ordnung bringen und die Kammer selbst sich den Beschlüssen des Senats anschließen werde. Deshalb ist der Antrag Reboul auf Rückverweisung abzulehnen.

Nachdem der Vorsitzende des Finanzausschusses des Senats, Chéron, sich diesen Ausführungen des Finanzministers angeschlossen hatte, wurde der Antrag Reboul auf Zurückverweisung mit 20 gegen 20 Stimmen abgelehnt und darauf die Weiterberatung vertagt. (W.F.)

Paris, 25. Febr. Auf die Anfrage eines Abgeordneten in der Kammer erwiderte der Finanzminister, daß am 20. Mai Schatzbonds seitens der Regierung rückzahlbar seien im Betrage von 3 161 016 000 Franken.

Der frühere Budgetminister Abg. Morel hat in der Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht, der dem Finanzminister die Erlaubnis geben soll, auf Staatskosten Gold- und Silbergeld anzukaufen. Der Ankaufspreis soll jeweils durch Verfügung bestimmt werden. (W. F. W.)